



Rente mit 70? Debatte über längere Lebensarbeitszeit gewinnt an Fahrt

Michael Fiedler

Die Diskussion über eine mögliche Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre nimmt an Dynamik zu. Hintergrund sind Medienberichte über Überlegungen innerhalb der Rentenkommission. Neue Daten des Statistischen Bundesamts zeigen zugleich, wie stark der demografische Wandel das deutsche Rentensystem unter Druck setzt.

Demografie erhöht Reformdruck

Parallel zur politischen Debatte hat das Statistische Bundesamt (Destatis) aktuelle Daten zur Entwicklung von Bevölkerung und Rentensystem veröffentlicht. Sie zeigen, warum die Diskussion über längere Lebensarbeitszeiten an Schärfe gewinnt. Demnach lebten im Jahr 2024 rund 16,7 Millionen Menschen im Rentenalter ab 67 Jahren in Deutschland. Bis Ende der 2030er-Jahre dürfte diese Zahl laut Bevölkerungsvorberechnung auf mindestens 20,5 Millionen steigen. Der Anteil der Menschen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung könnte damit von derzeit rund 20 Prozent auf bis zu 27 Prozent anwachsen. Hintergrund ist vor allem der Eintritt der Babyboomer-Generation in den Ruhestand. Auf die geburtenstarken Jahrgänge folgen deutlich kleinere Generationen von Erwerbstätigen.

Immer mehr ältere Menschen arbeiten länger

Bereits heute bleiben ältere Menschen häufiger im Erwerbsleben als noch vor zehn Jahren. Nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus waren 2025 rund 19,9 Prozent der 67-Jährigen erwerbstätig. 2015 lag die Quote noch bei 13,3 Prozent. Auch bei den 63-Jährigen ist der Anteil Erwerbstätiger deutlich gestiegen – von 38,9 Prozent im Jahr 2015 auf zuletzt 60,9 Prozent. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Neben finanziellen Überlegungen spielen Fachkräftemangel, bessere Gesundheit im Alter sowie politische Anreize für längeres Arbeiten eine Rolle. Kritiker verweisen dagegen auf die Belastung körperlich arbeitender Berufsgruppen, für die eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit kaum realistisch erscheint.

Rentenausgaben steigen weiter

Zusätzlichen Druck erzeugt die Entwicklung der Staatsausgaben. Für Geldleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung gab der Staat im Jahr 2024 rund 394,7 Milliarden Euro aus. Das entsprach 18,4 Prozent aller Staatsausgaben. Vor diesem Hintergrund wächst der

politische Streit darüber, wie die gesetzliche Rente langfristig finanziert werden kann. Während Befürworter struktureller Reformen auf die demografische Entwicklung und steigende Belastungen für Beitragszahler verweisen, warnen Kritiker vor sozialer Überforderung und wachsender Unsicherheit bei Arbeitnehmern.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949931/Rente-mit-70-Debatte-ueber-laengere-Lebensarbeitszeit-gewinnt-an-Fahrt/>